Versicherer für Anpassung ans Klima; Die Erderhitzung führt zu immer mehr Schäden. Ministerpräsidenten mahnen Pflichtversicherung gegen Überflutung an

2

3

4

5

10

11

13

14

15

taz, die tageszeitung

Freitag 26. Januar 2024

Copyright 2024 Contrapress media GmbH Vervielfaeltigung nur mit taz-Verlags All Rights Reserved

Genehmigung des

🗳 die tageszeitung

6 Section: WIRTSCHAFT UND UMWELT; S. 9

7 Length: 565 words8 Byline: Anja Krüger

9 **Highlight:** Die Erderhitzung führt zu immer mehr Schäden. Ministerpräsidenten

mahnen Pflichtversicherung gegen Überflutung an

Body

🥰 die tageszeitung

12 Von Anja Krüger

Die Versicherungsbranche drängt Länder und Kommunen angesichts der jüngsten <u>Überflutungen</u> in Nord- und Ostdeutschland, mehr für die Vorbeugung von Klimaschäden zu unternehmen. Das <u>Hochwasser</u> hat gezeigt, dass der Handlungsdruck an die Klimaanpassung steigt , sagte der Präsident des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) Norbert Rollinger am Donnerstag vor Journalist:innen.

Die <u>Überschwemmungen</u> um die Jahreswende in Bremen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben nach Schätzungen des GDV versicherte Schäden von 200 Millionen Euro verursacht. Der Gesamtschaden wird weitaus höher sein, da viele Schäden nicht versichert sind. Schätzungen über die gesamten volkswirtschaftlichen Verluste liegen noch nicht vor. Das Wetterereignis mit starkem Regen sei nicht ungewöhnlich gewesen, sagte GDV-Hauptgeschäftsführer Jörg Asmussen. Problematisch war es dadurch, dass Deiche und Dämme nicht ausreichend an die Folgen des Klimawandels angepasst waren.

Ohne mehr Prävention würden sich die Beiträge in der Gebäudeversicherung innerhalb der kommenden zehn Jahre oder früher verdoppeln, sagte GDV-Länder und Kommunen müssen angesichts des Präsident Rollinger. Klimawandels jetzt handeln. Entsprechende Maßnahmen müssten in den Bauordnungen der Länder verankert werden, forderte er. Nötig sei ein Baustopp gefährdeten Arealen. Jährlich würden noch 1.500 Gebäude in Hochwassergebieten gebaut, sagte er. Außerdem sollte die öffentliche Hand über ein bundesweites Naturgefahrenportal Risiken deutlich machen. Nur wenn transparent sind, werden die Verantwortlichen Präventionsmaßnahmen umsetzen , sagte er. Länder wie die Schweiz oder Österreich seien in diesem Punkt weiter.

Aufgrund der fortschreitenden Klimaveränderungen rechnen die Versicherer generell mit steigenden Schäden die die Branche überfordern könnten. Ihr

...Soziologisches Ri
...Prognose zunehr
...Prognose Zunahr
... Klimawandel verstärkt Hoc
...Hohe Schäden
...Ökonomisches Risiko
...Technisches Risikoverständ
... Naturwissenschaftliche Erk

...Fehlerhafte Landespol
...Fehlerhafte Kommuna
...Rechtliche Maßnahmen
...allgemeines Versagen
...Soziologisches Risikoverstä

Soziologisches Risikov

16

1/3



18

19

20

21

Vorschlag: Verursacht eine *Naturkatastrophe* Megaverwüstungen, wollen sie bis zu 30 Milliarden Euro zahlen den Rest soll der Staat übernehmen

Eine Pflichtversicherung für Hauseigentümer gegen <u>Hochwasser</u>, wie sie von Verbraucherschützer:innen und den Bundesländern gefordert wird, lehnt die Branche dagegen ab. Durch eine Pflichtversicherung würde das Interesse an einer Schadenvorbeugung sinken, behauptete Rollinger. Das Problem: Versicherungen kommen bei <u>Überschwemmungen</u> oder Extremregen nur für Schäden auf, wenn die Policen einen speziellen Baustein haben, den sogenannten Elementarschutz. Das ist aber vielen Kund:innen nicht klar. Nach Angaben des GDV haben bundesweit nur 54 Prozent der Gebäudeversicherungen so einen Zusatz. In Bremen und Niedersachsen sind es sogar nur 32 bis 33 Prozent.

Ist die Versicherungsdichte gering, muss der Staat bei hohen Schäden einspringen. Die Regierungschefs aus Bremen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen fordern in einem Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) für die Bewältigung der <u>Hochwasserschäden</u> Hilfen vom Bund. Außerdem mahnen sie eine Pflichtversicherung gegen <u>Überflutungen</u> an. Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) blockiert so eine Lösung bislang. Es sei sehr bedauerlich, dass die Bundesregierung seit nunmehr fast zwei Jahren der Aufforderung der Ministerpräsidentenkonferenz nicht nachgekommen ist, einen entsprechenden Regelungsvorschlag vorzulegen , heißt es in dem Schreiben.

Jährlich werden 1.500 Gebäude in *Hochwassergebieten* gebaut

Classification

🗱 die tageszeitung

22 Language: GERMAN; DEUTSCH

23 **Publication-Type:** Zeitung

Subject: ÜBERSCHWEMMUNGEN (92%); STAATS- UND REGIERUNGSOBERHÄUPTER (91%); EXTREME WITTERUNGSVERHÄLTNISSE (90%); KLIMAWANDEL (90%); NEGATIVE UMWELTNACHRICHTEN (90%); KATASTROPHENHILFE (89%); NATURKATASTROPHEN (89%); POLITIK (89%); BAUORDNUNG & BAUVORSCHRIFTEN (78%); BEWILLIGUNGEN (78%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (78%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (78%); ÜBERSCHWEMMUNGSGEBIETE (78%); VERSICHERUNGSVERBÄNDE (73%); FÜHRUNGSKRÄFTE (72%); VEREINIGUNGEN & ORGANISATIONEN (72%)

Industry: VERSICHERUNG (93%); HAUS- UND
GEBÄUDEHAFTPFLICHTVERSICHERUNG (89%); BAUORDNUNG &
BAUVORSCHRIFTEN (78%); <u>ÜBERSCHWEMMUNGSGEBIETE</u> (78%);
VERSICHERUNGSVERBÄNDE (73%)

26 Person: OLAF SCHOLZ (52%)

27 **Geographic:** BREMEN, DEUTSCHLAND (91%); NIEDERSACHSEN, DEUTSCHLAND (90%); SACHSEN-ANHALT, DEUTSCHLAND (90%); THÜRINGEN, DEUTSCHLAND (90%); ÖSTERREICH (79%); SCHWEIZ (69%); DEUTSCHLAND (58%)

